

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie
und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuß)**

**zum Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bierstedt, Gerhard Jüttemann,
Rolf Kutzmutz, Christina Schenk, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/2740 –**

Demokratische und soziale Antworten auf die Herausforderungen der neuen Informationstechnologien

A. Problem

Die rasante Entwicklung bei der Anwendung der digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien bietet nicht nur Chancen, sondern läßt auch Risiken in der Arbeitswelt, im privaten und politischen Bereich entstehen.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihr Konzept zum Umgang mit den Herausforderungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien einer radikalen Revision zu unterziehen und dem Deutschen Bundestag verschiedene Gesetzesinitiativen zu unterbreiten.

Mehrheitlich Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/2740 – abzulehnen.

Bonn, den 6. März 1996

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Berichterstatter

Jörg Tauss
Berichterstatter

Dr. Manuel Kiper
Berichterstatter

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Jörg Tauss, Dr. Manuel Kiper, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann und Wolfgang Bierstedt

1. Überweisung

Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2740 – wurde in der 80. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1996 an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuß, Finanzausschuß, Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuß für Post und Telekommunikation zur Mitberatung überwiesen.

2. Beratungsverlauf in den mitberatenden Ausschüssen

a) Innenausschuß

Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 6. März 1996 beraten und dem federführenden Ausschuß einstimmig empfohlen, den Antrag der Gruppe der PDS zur Kenntnis zu nehmen und ihn der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ als Material zu überweisen.

b) Finanzausschuß

Der Finanzausschuß hat dem federführenden Ausschuß in seiner Sitzung am 28. Februar 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

c) Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 6. März 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

d) Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 6. März 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der

PDS bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem federführenden Ausschuß empfohlen, den Antrag abzulehnen.

e) Ausschuß für Post und Telekommunikation

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation hat in seiner Sitzung am 28. Februar 1996 die Vorlage beraten und entsprechend dem Vorschlag des Vertreters der antragstellenden Gruppe der PDS über den Antrag keine Beschlußfassung getroffen. Der Ausschuß empfiehlt statt dessen einvernehmlich dem federführenden Ausschuß, den Antrag als Material der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ zuzuleiten.

3. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuß

Der Ausschuß hat in seiner Sitzung am 6. März 1996 die Vorlage beraten.

Die Berichterstatter der antragstellenden Gruppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, den Stellungnahmen des Innenausschusses und des Ausschusses für Post und Telekommunikation zu folgen und den Antrag als Materialie für die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ zur Kenntnis zu nehmen.

Die Berichterstatter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. kritisieren u. a. den apodiktischen Tenor der im Antrag aufgestellten Forderungen, in denen sie teilweise alte Klassenkampfpaparen wiedererkennen. Sie kritisieren weiterhin die Widersprüche bei den geforderten Gesetzesinitiativen und bringen ihre Befürchtung zum Ausdruck, daß bei der Verwirklichung der geforderten Gesetzesinitiativen die Informations- und Kommunikationstechnologien in einer Regelungsdichte erstickt werden.

Die Berichterstatter der Fraktion der SPD weisen ebenfalls auf Widersprüche bei den geforderten Gesetzesinitiativen hin. Nach ihrer Ansicht sollten anstelle der im Antrag geforderten weiteren Pilotprojekte jetzt konkrete Projekte in Angriff genommen werden.

Der Ausschuß hat in seiner Sitzung am 6. März 1996 den Vorschlag, den Antrag in Drucksache 13/2740 als Materialie an die Enquete-Kommission zu überweisen, mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Ausschuß hat in seiner Sitzung am 6. März 1996 den Antrag in Drucksache 13/2740 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 6. März 1996

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)

Berichterstatter

Jörg Tauss

Berichterstatter

Dr. Manuel Kiper

Berichterstatter

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt

Berichterstatter